



HESSISCHER LANDTAG

13. 03. 2018

Plenum

Antrag

**der Abg. Gnadt, Alex, Decker, Di Benedetto, Merz, Roth,
Dr. Sommer (SPD) und Fraktion**

**betreffend Ausbildung garantieren - Fachkräftebedarf sichern - jungen Menschen
Perspektive geben**

Eine gute Schulbildung, eine gute Ausbildung stellen die Grundlagen dar, auf der ein erfolgreiches Arbeitsleben aufgebaut werden kann. Wer ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung bleibt, hat ein viel höheres Risiko, arbeitslos oder gar langzeitarbeitslos zu werden als solche jungen Menschen, die sowohl die Schule erfolgreich abgeschlossen als auch eine Ausbildung absolviert haben. Deshalb ist es unseres Erachtens eine vordringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen einen Schulabschluss absolvieren können und mit einer soliden Ausbildung im dualen System oder einem Studium die Voraussetzungen erhalten, ihr Leben in eigener Verantwortung und nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Ausbildung garantiert jungen Menschen eine sichere Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben. Darüber hinaus sichern gut ausgebildete Menschen den Unternehmen Fachkräfte und dem Staat stabile Einnahmen in die Sozialversicherungssysteme.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass:

- Es Ziel der Landespolitik sein muss, ein Bewusstsein der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung zu schaffen. Das Aufstiegsversprechen durch Bildung darf nicht bedeuten, dass ein abgeschlossenes Studium an einer Universität für alle das Ziel und die beste Ausbildung darstellt. Jeder junge Mensch soll sich für seinen persönlichen Bildungsgang entscheiden können und sich nicht entgegen seinen Wünschen auf einen vermeintlich besseren Bildungsweg festlegen.
- Alle Ausbildungswege gleichermaßen gut ausgestattet und unterstützt werden müssen. Gebührenfreiheit muss für alle Bildungswege gelten, von der Kita angefangen bis hin zum Meisterbrief und im Studium. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- Mehr dafür getan werden muss, um Bildungsgänge untereinander durchlässig zu machen und um den neuen Herausforderungen durch die Digitalisierung gerecht zu werden. Es muss leichter werden, von einer dualen Ausbildung ins Studium zu wechseln und umgekehrt. Weiterbildung und berufsbegleitendes Lernen müssen zum Normalzustand werden.
- Es sich die Gesellschaft nicht länger leisten kann, auf auch nur ein Talent zu verzichten. Der Fachkräftemangel ist längst Realität und dennoch bleiben viele junge Menschen ohne Ausbildung. Gerade für junge Menschen ohne Schulabschluss, mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung muss mehr getan werden. Es ist notwendig, bei der Berufsorientierung früher anzusetzen und jedem jungen Menschen immer wieder eine weitere Chance zur Ausbildung zu geben.
- Für die Umsetzung des Vorhabens nicht mehr Geld notwendig ist, sondern dass die bei vielen unterschiedlichen Akteuren durchaus vorhandenen beachtlichen Mittel gezielter eingesetzt werden müssen.
- Auch das Land Hessen selbst Vorbild in Sachen Ausbildung sein muss und mehr jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung im öffentlichen Dienst geben muss.

Der Landtag fordert daher:

- Eine verbindliche Berufsorientierung in der Schule und zwar für alle Schulformen beginnend ab der 5. Klasse.
- Die Verankerung des Fachs Arbeitslehre in allen Schulformen, auch im gymnasialen Bildungsgang.

- Eine möglichst umfassende Erfassung aller Schulabgängerinnen und -abgänger, um allen, die es brauchen, eine Hilfestellung geben zu können.
- Die Berufs- und Studienberatung umfassender und gezielter zu gestalten.
- Hilfen aus einer Hand beim Übergang von der Schule in den Beruf.
- Eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen.
- Stärkung der dualen Ausbildung und wenn erforderlich der über- und außerbetrieblichen Ausbildungsgänge.
- Den Übergangsbereich nur für junge Menschen mit tatsächlich großem Förderbedarf zu nutzen.
- Produktionsschulen als ergänzendes Angebot ausbauen.
- Mehr Unterstützung für Betriebe und Auszubildende in Problemlagen.
- Mehr Durchlässigkeit zwischen den (Aus-)Bildungswegen.
- Eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure auf kommunaler Ebene.
- Die verpflichtende Anerkennung der Ausbildung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Eine Garantie auf eine Ausbildung und ggf. auch eine zweite Chance (oder noch weitere) auf Ausbildung für alle jungen Menschen bis 35 Jahre.

Begründung:

Im September 2017 waren in Hessen noch 2.675 freie (unbesetzte) Ausbildungsstellen bei der Agentur für Arbeit registriert. Dem standen jedoch 1.865 unversorgte Ausbildungssuchende gegenüber. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass in Hessen einige Problemfelder bestehen, die dringend einer politischen Antwort und Lösung bedürfen. So ist in Hessen die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber mit 0,86 im Vergleich der Bundesländer als sehr negativ anzusehen. Der westdeutsche Schnitt liegt bei 1,00, nur in Nordrhein-Westfalen ist das Angebot noch geringer.

Knapp ein Viertel der jungen Menschen in Hessen ist ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Vor allem für Jugendliche ohne oder mit einem (schlechten) Hauptschulabschluss gestaltet sich der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung besonders schwierig. Wer aus einer sozial benachteiligten Familie stammt und/oder einen Migrationshintergrund aufweist, ist beim Zugang zu einer Ausbildung besonders benachteiligt. Bundesweit ist die Quote der jungen Menschen ohne Berufsausbildung bei den Menschen mit Migrationshintergrund um drei Viertel höher als in der Gesamtbevölkerung. Die Bertelsmann Stiftung stellt in ihrem Ländermonitor berufliche Bildung 2015 für Hessen fest, dass in keinem anderen Land Ausländer so große Übergangsschwierigkeiten in eine Ausbildung haben wie hier. Im Ländermonitor 2017 wird Hessen die schlechteste Angebots-Nachfrage-Relation im Vergleich der Flächenländer für Jugendliche mit Behinderung attestiert.

Rückläufig ist auch die Ausbildungsbeteiligung der hessischen Betriebe. Im Vergleich zum Jahr 2008 haben sich rechnerisch 14 % der Betriebe aus der Ausbildung zurückgezogen. 2016 haben sich nur noch 19 % aller Betriebe an der Ausbildung beteiligt. Die Ausbildungsquote (Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten) sank erneut und beträgt jetzt nur noch 4,5 % (Bundesdurchschnitt 5,3 %). In den Kleinst- (ein bis neun Beschäftigte) und Kleinbetrieben (zehn bis 49 Beschäftigte) liegt sie mit 5,2 % höher, was auf die traditionell höhere Ausbildungsbereitschaft im Handwerk zurückzuführen ist.

Der sogenannte Übergangsbereich (z.B. berufsvorbereitende Maßnahmen, die aber keine Ausbildung vermitteln) wächst in Hessen nach wie vor an. Dies ist zwar vorwiegend auf geflüchtete junge Menschen zurückzuführen, aber nicht nur auf diese. So stellt der Bericht "Berufsausbildung in Hessen" im Schuljahr 2016/2017 einen Zuwachs von ca. 5.000 Personen fest.

Das Land Hessen hat seine eigenen Anstrengungen bei der Ausbildung deutlich verringert. So ergab die Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, die im Sommer letzten Jahres beantwortet wurde, dass die Zahl der Auszubildenden in der Landesverwaltung von 806 im Jahr 2011 auf 531 im Jahr 2015 zurückfiel.

Wiesbaden, 13. März 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Gnadt
Alex
Decker
Di Benedetto

Merz
Roth
Dr. Sommer